

## Haushaltsrede 2022

Fraktion: Bündnis 90/Die Grünen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Schneider, sehr geehrte Beigeordnete\*in, liebe Ratskolleg\*innen, sehr geehrte Damen und Herren.

Auch das Jahr 2021 war geprägt durch die Folgen und Auswirkungen der Pandemie. Einschränkungen im privaten Bereich, Sorgen um die wirtschaftliche Existenz oder die Gesundheit waren auch in 2021 zentrale Themen. Noch immer gilt, dass wir alle mit unserer Verantwortungsbereitschaft und Solidarität gefordert sind. War es im Jahr 2020 das Thema Abstand halten, so ist es derzeit das Thema des Impfens.

Eine Hauptlast der Pandemie haben die Bewohner von Alters- und Behinderteneinrichtungen durch wochenlange Isolation sowie Kinder und Jugendliche durch wochenlangen Distanz- oder Wechselunterricht getragen. Die Pandemie hat schonungslos offengelegt bei welchen Themenfeldern die Politik Rahmenbedingungen verändern oder neu setzen muss.

Eines der Themenfelder bei denen wir auf jeden Fall besser werden müssen ist die Digitalisierung und Ausstattung unserer Schulen. Auch wenn man dieses Problem erkannt und entsprechende Finanzmittel zur Verfügung gestellt hat, von Seiten der Gemeinde die notwendigen Ratsbeschlüsse zügig herbeigeführt und die Schulen zwischenzeitlich mit Whiteboards, Lüftungsgeräten usw. ausgestattet hat, werden in den kommenden Jahren weitergehende Schritte notwendig sein, insbesondere bei der dauerhaften Ausstattung der Schüler\*innen mit digitalen Endgeräten und dem Schaffen eines lebendigen, motivierenden Schul- und Lernumfeldes.

Während der Pandemie haben viele Beschäftigte in den sozialen Berufen Übermenschliches geleistet. Es wurde sichtbar, dass gerade Beschäftigte in einer nach Gewinn- und Optimierungskennzahlen ausgerichteten privatisierten Daseinsvorsorge nach der Kraftanstrengung der Bewältigung der über sie hereinbrechenden Coronawellen psychisch und physisch ausgelaugt ihren Beruf aufgegeben haben. Wollen wir weiterhin ein funktionierendes Gesundheitswesen, dann müssen wir Modelle entwickeln und Rahmenbedingungen schaffen, um Daseinsvorsorge- oder öffentliche Infrastruktureinrichtungen zukünftig wesentlich stärker gemeinwohlorientiert zu organisieren.

Wir sehen es als wichtiges Signal, dass die Gemeinde alle laufenden Projekte wie die Sanierung der Pestalozzi-Schule, der Mandelgrabenschule bzw. dem Haus des Kindes, dem Ausbau des Regenrückhaltebeckens sowie den Start zur Errichtung des „Kindercampus“ ohne Einschränkungen weiter vorangetrieben hat. Es ist gut für Mutterstadt, dass es ein gemeinsames Verständnis dazu gibt, dass Investitionen in die Infrastruktur der Gemeinde die Basis einer wichtigen und unerlässlichen Daseinsvorsorge darstellen.

Aktuell kämpft die Gemeinde mit einer Raumnot in den Kitas und Grundschulen. Das gestartete Zukunftsprojekt „Kindercampus“ ist eine wichtige Infrastrukturmaßnahme, die keinen Aufschub zulässt, da wir als Gemeinde bei der Bereitstellung von Betreuungsplätzen ein verlässlicher Partner der Familien sein sollten, der den verbrieften Anspruch der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sicherstellt. Die zusätzlichen Container am Haus des Kindes, die auf unsere Anregung hin gestellt werden, werden nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken. Es sollte uns wichtig sein, dass in den betreuenden Grundschulen genügend Räume zur Verfügung stehen, damit ein abwechslungsreiches und förderndes Betreuungsangebot möglich ist. Es darf nicht der Fall eintreten, dass wegen Platzmangel ergänzende Betreuungsangebote zurückgefahren werden. Wir müssen uns der Weiterentwicklung der betreuenden Grundschule widmen, mit einem hohen qualitativen und umfangreichen Angebot.

Der Kindercampus ist ein Projekt, das noch Jahrzehnte in die Zukunft wirken wird, deswegen sollten bei der Planung, der Gestaltung und dem Bau höchste Anforderungen an den Klimaschutz sowie an nachhaltige, ökologische und wieder recycelbare Materialien gestellt werden sowie ein begrüntes und kindgerechtes Umfeld geschaffen werden. Das Gebäude sollte mehr erneuerbare Energie erzeugen als es verbraucht, nur so wird es nachhaltig sein. Damit solche Ziele umsetzbar sind, hat das Bundesbauministerium das Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) auf den Weg gebracht. Das „BNB“ ist ein Instrument zur Planung und Bewertung nachhaltiger öffentlicher Bauvorhaben. Einen solchen zukunftsorientierten ganzheitlichen Ansatz zu wählen war das Anliegen unserer Fraktion einen diesbezüglichen Antrag einzubringen. Die den Gremien bisher zur Verfügung gestellten Informationen lassen leider noch keine Aussage darüber zu, ob ein solcher ganzheitliche Ansatz zum Tragen kommen wird oder ob wir diese große Chance leider nicht wahrnehmen werden. Eine gemeinsame Vereinbarung das Bauvorhaben an dem Kriterium Goldstandard auszurichten, bei Ausschreibungsverfahren alle Kriterien einer nachhaltigen, öko-sozialen Beschaffung, die gesetzlich zulässig und möglich sind mit einzubinden, wären Voraussetzungen für die Errichtung eines nachhaltigen Gebäudes mit hoher Qualität auch für nachfolgende Generationen.

Unser Anliegen, mit dem Kindercampus ein „Lernzuhaus“ zu schaffen, einen Ort

an dem sich Kinder gerne aufhalten, geborgen fühlen und Spaß am Lernen und Begreifen entwickeln können, gilt auch weiterhin. Deswegen ist es wichtig, dass neben den Klassenräumen auch Räume zum Toben, Musizieren, sich Ausprobieren, zum Forschen, zum Spielen und Basteln, zum Gärtnern und Kochen entstehen. Die Gemeinde hat unsere Unterstützung, sich gegenüber den mittelgebenden Behörden auch weiterhin dafür einzusetzen, damit möglichst viele dieser wichtigen Grundlagen für ein gutes Lernen geschaffen werden können. Zu einem solchen Umfeld sollte auch das Angebot eines Mittagessens, das sich aus ökologischen, regionalen, saisonalen und fairen Produkten zusammensetzt gehören. Dieser Anspruch sollte bei allen zukünftigen Ausschreibungen für die Verpflegung von Kindern in Kitas oder Schulen Maßstab sein.

Im laufenden Jahr ist die Erneuerung des Spiel- und Bolzplatzes „Am Speyerer Weg“ gestartet. Wir begrüßen dieses Vorhaben, das eine Verbesserung der Aufenthaltsmöglichkeiten Jugendlicher darstellt. Wir sind uns sicher, dass die Planung und Ausgestaltung von Seiten der Gemeinde engagiert betrieben wurde, trotzdem sind wir der festen Überzeugung, dass mit dem beschrittenen Weg die Chance vertan wurde, Jugendliche aktiv an der Umgestaltung zu beteiligen und somit jüngere Menschen aktiv in politische Arbeit einzubinden. Gelebte politische Kultur muss erlebbar sein, Schnelligkeit darf kein Gegenargument darstellen. Zusätzlich zu einem Mehr an Aufenthaltsmöglichkeiten für Jugendliche sollte es neben einer funktionierenden Jugendsozialarbeit eine gute Verzahnung der Betreuung der Aufenthaltsflächen mit der Jugendsozialarbeit geben. Darüber hinaus sollten wir auch die derzeitigen Spielplätze weiterentwickeln. Zielsetzung sollte sein, die Spielplätze zu generationsübergreifenden Aufenthaltsflächen zu entwickeln, durch naturnahe Gestaltung oder in Form von Abenteuerspielplätzen dem kindlichen Bedürfnis nach Ausprobieren, Toben und Erkunden noch stärker Rechnung zu tragen. Dabei sollten dann Kinder, Jugendliche, Eltern usw. intensiv in die Planungsprozesse mit eingebunden werden.

Der Um- und Ausbau des Regenrückhaltebeckens in der Stuhlbruderhofstraße wird in diesem Jahr fertig gestellt werden. Dieses Projekt ist wichtig um auch bei Starkregen das Risiko von Überschwemmungen zu senken. Zusätzlich sehen wir aber auch die Notwendigkeit, dass zukünftig Regenwasser dort wo es anfällt auch versickern kann. Deswegen sollte bei allen Straßenbauarbeiten oder bei der Errichtung von Stellplätzen der Aspekt einer Entsiegelung berücksichtigt werden. Die von unserer Fraktion eingebrachten Anträge „Entsiegelung von Flächen an der Blockfeldstraße“ bzw. der Antrag bei der zukünftigen Anlage von Stellplätzen das Anliegen der Begrünung und Regenwasserversickerung stärker mit zu berücksichtigen, befinden sich noch in den Schleifen der Entscheidungsprozesse.

Trotz schwieriger Haushaltslage plant die Gemeinde die Wohnanlage „Am Brunnensee“ komplett durch einen Neubau zu ersetzen. Von Seiten der Fraktion unterstützen wir dieses Vorhaben, da mit dem Neubau sichergestellt wird, dass auch Menschen in schwierigen und prekären Lebenssituationen eine würdige Unterkunft erhalten, dass mit dem Neubau mehr Wohnraum entsteht und zusätzlich klimapolitische Ziele unterstützt werden.

Aber auch mit diesem Neubau bleibt die Situation nach bezahlbarem Wohnraum in Mutterstadt angespannt, da derzeit vorrangig hochpreisige Wohnobjekte erstellt werden. Als Gemeinderat sollten wir bei der Aufstellung von Bebauungsplänen alle Möglichkeiten nutzen, die uns das Baugesetzbuch gibt, um energetisch hochwertiges Bauen und somit den Klimaschutz aktiv voranzubringen, den sozialen Wohnungsbau aktiv zu fördern und damit bezahlbaren Wohnraum für viele zu schaffen, alternative Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser, private Bauherrngemeinschaften usw. zu fördern oder die Dorfentwicklung durch neue Ladenlokale aktiv voranzubringen. Die Entwürfe der Gemeinde für Bebauungspläne könnten mutiger und ambitionierter sein. Wir sind eine gut aufgestellte attraktive Gemeinde und sollten den Mut haben, an Investoren in stärkerem Maße Klimaschutz- bzw. gemeinwohlorientierte Anforderungen zu stellen.

Darüber hinaus plant Mutterstadt die Ausweisung eines weiteren Neubaugebietes. Da ein solches Projekt mit einem erheblichen Flächenverbrauch, einem dauerhaften Verlust an landwirtschaftlicher Fläche sowie einer dauerhaften weiteren Versiegelung von Fläche einhergeht, muss der gemeinsame Anspruch sein, bei der Gestaltung und der Nutzung des späteren Wohnquartiers hohe ökologische Standards sowie eine hohe Gemeinwohlausrichtung zum Ziel zu haben, dieses Anliegen aus dem letzten Jahr gilt noch immer. Über diese wichtigen Eckpunkte sollte es ein gemeinsames Bild und Verständnis geben, bevor ein Auftrag für die Erarbeitung eines Bebauungsplanes vergeben wird. Wir sehen es als guten Ansatz, dass sich der Bauausschuss in den nächsten Wochen verschiedene Projekte anschauen wird. Von Seiten der Fraktion haben wir uns um eine dreiteilige Informationsrunde zu relevanten Themen eines Neubaugebietes bemüht. Wir sehen es bei einem so großen und zukunftsweisenden Projekt als wichtigen Erfolgsfaktor, wenn es bereits im Vorfeld der Planungsvergabe einen breiten fraktionsübergreifenden Gedankenaustausch mit der Gemeinde sowie weiteren wichtigen Partnern wie z. B. dem Kreiswohnungsverband, der Sozialstation, dem Gewerbeverein usw. geben würde. Unsere Vision ist, dass das geplante Neubaugebiet ein positives Modellprojekt für nachhaltiges, ökologisches, soziales, bürgerfreundliches und zukunftsorientiertes Bauen und Wohnen für die komplette Region wird. Unsere erste Veranstaltung hat gezeigt: „Ein klimaneutrales Wohnquartier bei der Wärmeversorgung ist keine Zukunftsvision sondern möglich“.

Bei dem Anliegen mit mehr Grün die Aufenthaltsqualität in Mutterstadt zu verbessern sehen wir viele positive Schritte. Bei verschiedenen Begehungen wurden Pflegekonzepte und ökologische Aufwertungsmaßnahmen von Flächen im Dorfgebiet beschlossen. Die Vorschläge der Abteilung sind ausgesprochen gut. Leider ist es bisher noch nicht gelungen, die in den Begehungen so vielfältig definierten ökologischen Aufwertungen von Grünflächen großflächig umzusetzen. Wir möchten an dieser Stelle auch noch mal die Kartierung aller Eh-da-Flächen erinnern. Auch gab es bisher noch keine Beratungen zu dem eingebrachten Antrag auf eine Gestaltungs- bzw. Grünsatzung. Würden doch weniger Schottergärten, eine naturnahe Gestaltung und Pflege privater Gärten bzw. sonstiger vorhandener Freiflächen vor allem aber ein mehr an großkronigen Bäumen die Biodiversität stärken und die Aufenthaltsqualität verbessern. Bei allen Neupflanzungen von Bäumen sollte zukünftig darauf geachtet werden, dass auch größere und vor allem auch großkronige Bäume gepflanzt werden. Auch sollte es für alle Bäume, die als Folge der regelmäßigen Begutachtungen gefällt werden müssen, einen Ersatzpflanzungsplan geben, der auch den Fraktionen zur Verfügung gestellt wird.

Ein attraktiver lebendiger Ortskern mit einem vielfältigen Angebot an Einzelhandelsgeschäften, mit Raum für Begegnung und Kommunikation muss uns allen wichtig und erstrebenswert sein. Die Gemeinde fördert dieses Anliegen mit dem Ausbau der Infrastruktur, einem Bekenntnis zum Einzelhandel sowie den kulturellen Einrichtungen wie der Gemeindebibliothek oder dem Palatinum. Der Einzelhandel im ländlichen Raum steht jedoch in immer stärkerem Konkurrenzdruck zum Online-Handel, deswegen sind weitergehende Anstrengungen wichtig und notwendig, damit unser gemeinsames Ziel einen lebendigen Ortskern dauerhaft zu erhalten möglich wird. Ein wichtiges Anliegen ist deswegen, vorhandene Kaufkraft in hohem Maße in Mutterstadt zu halten. Dazu werden aber auf jeden Fall weitergehende Anstrengungen notwendig sein. Zusätzlich zum Ortskern müssten weitere Plätze, Örtlichkeiten, Räume oder Straßen als attraktive Orte der Kommunikation und Begegnung gestaltet oder weiterentwickelt werden. Dazu wäre es notwendig, Mutterstadt fußgänger- und fahrradfreundlicher zu machen. Das mittlerweile 30 Jahre alte Verkehrskonzept, das zweifelsohne Motor für viele positive Veränderungen war, aber auch Basis für Entscheidungen war, die man heute sicher anders treffen würde, bietet leider keine modernen zukunftsorientierten Ansätze mehr. Sichere Schul- und Fußwege, ein gut ausgebautes und durchgängiges Fahrradwegenetz sind die Antriebsfedern der Anträge unserer Fraktion. Viele der Anträge werden abgelehnt, das ist gelebte Demokratie. Gleichzeitig wird aber bei vielen Anliegen betont, dass es grundsätzlichen Handlungsbedarf gibt. Aber warum handeln wir dann nicht? Wenn an einem Zebrastreifen, den täglich mehrere hundert Kinder und Jugendliche nutzen, zu schnell gefahren wird, dann verspüren wir sicher alle den Impuls, dass das nicht in Ordnung ist. Wir alle kennen die Berechnungsformel des Bremsweges. Bei einer Geschwindigkeit von 30 km/h beträgt der Bremsweg 9 Meter, bei einer Geschwindigkeit von 45 km/h schon 20 Meter. Das daraus entstehende Gefahrenpotenzial ließ uns sicher alle eher nachdenklich aus der Sitzung gehen. Dinge die wir anpacken und verbessern können, sollten wir mutig angehen. Grundsätzliche Verbesserungen sollten auf Basis eines auf wissenschaftlicher Expertise basierendem schlüssigem modernem Verkehrs- und Dorfentwicklungskonzept erfolgen, um vor allem auch dem Einzelhandel, der Gastronomie und den Vereinen eine langfristige Existenzperspektive zu sichern.

Es wurden auch in diesem Jahr, trotz aller Schwierigkeiten, wichtige Infrastrukturprojekte voran gebracht und Normalität im politischen Alltag aufrechterhalten. Bürgermeister, Verwaltung und Gremien leisten regelmäßig eine grundsätzliche Arbeit. Wir sollten jedoch den Mut haben zu hinterfragen ob dies alleine ausreichend ist um zukunftsfähig zu bleiben

Ein zukunftsorientierter Ansatz sollte sein, bei unseren Entscheidungen die Auswirkungen, Folge- und Wechselwirkungen stärker und konsequenter mit einzubeziehen. So tragen wir bei unseren Entscheidungen auch eine gesamtwirtschaftliche Verantwortung, da die öffentliche Hand mit ihrem jährlichen Auftragsvolumen in Höhe von ca. 450 Mrd .€ richtungsweisende Impulse bei dem Thema einer ökosozialen, nachhaltigen Beschaffung gibt. Das Nachfrageverhalten der öffentlichen Hand beeinflusst maßgeblich in welcher Art und Weise und in welcher Geschwindigkeit sich ökologische Standards bei Produkten durchsetzen, in welcher Form das Thema Nachhaltigkeit berücksichtigt wird und trägt ebenso eine große Verantwortung hinsichtlich von fairen Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der von Kommunen beauftragten Firmen. Wir erkennen an, dass wir uns bei diesem Themenkomplex auf den Weg gemacht haben, wir sind aber auch der Überzeugung, dass wir noch wesentlich mehr bewegen müssten. Wir sollten die Vergabe grundsätzlich nachhaltiger gestalten und regen an, uns gemeinsam hohe Standards zu geben.

Die dynamische Wirtschaftswelt macht es notwendig, dass vielfältige Aufgaben digital, effizient und parallel in einem gesetzten Zeitfenster bearbeitet werden. Um auch auf politischer Ebene Dinge neu zu denken, Aufgaben, Projekte und Themen stärker in systemischen Gesamtzusammenhängen zu denken, zu planen, umzusetzen und zu betreiben, brauchen wir gut aufgestellte und vor allem aber auch personell ausreichend ausgestattete Kommunen. Bei dem Anliegen, mit einem ausreichenden Stellenschlüssel arbeiten zu können, hat die Gemeinde unsere Unterstützung.

Wir würden uns von Seiten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam mit der Gemeinde und allen Fraktionen diesen neuen Herausforderungen gerne stellen. Es sollte Anliegen sein, die Fachkompetenz der Gemeinde sowie die gute sachorientierte Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen zu nutzen, um zukünftig alle neuen Projekte als zukunftsorientierte Modellprojekte aufzusetzen, bei denen es Standard sein sollte, dass zusätzlich zu den reinen Investitionskosten auch bilanziell die Auswirkungen auf Umwelt, Klima und das Gemeinwohl dokumentiert werden und als Grundlage der Entscheidungen berücksichtigt werden. Für dieses „Neu Denken“ würden wir gerne werben, zumal ja auch Mutterstadt vor einem Transformationsprozess steht. Dörfliche Strukturen, welche den Zusammenhang und die Identität der Gemeinde Jahrzehnte getragen haben, verlieren leider an Bedeutung. Mutterstadt wächst und ist auf dem Weg von einem Dorf in eine Kleinstadt. Das bedeutet, dass wir neue gemeinschafts- und identitätsstiftende Formate brauchen, damit Mutterstadt auch als Kleinstadt lebendig bleibt und nicht zu einer anonymen Schlafstadt wird.

Unterschiedliche Themen, unterschiedliche Perspektiven, konstruktives Streiten um Themen mit Respekt und Wertschätzung, sind die Säulen einer gelebten Demokratie. Solange uns das gemeinsam gelingt, machen wir genau das Richtige. Wir bedanken uns für diese konstruktive Zusammenarbeit bei Ihnen Herrn Schneider sowie bei den Beigeordneten Frau Franz, Herrn Lenz und Herrn Kegel. In diesen Dank schließen wir auch die Mitarbeiter\*innen der Gemeindeverwaltung mit ein, die uns bei Anfragen und Anliegen kompetent unterstützt haben. Ebenso hilfreich und unterstützend ist der konstruktive Umgang zwischen den Fraktionen, auch dafür vielen Dank. Ein herzliches Dankeschön aber auch an alle Vereine, Institutionen und Ehrenamtlichen insbesondere den Mitgliedern der freiwilligen Feuerwehr, welche durch ihren täglichen Einsatz Gemeinwohlorientierung ganz selbstverständlich leben.

Dem Haushalt in der vorgelegten Form können wir zustimmen.

Bündnis 90/Die Grünen